

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckanstalt: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25 241.
Nur für Nachgelieferter 20011.

Bezugs-Gebühr
Anzeigen-Preise.

In Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 14.— M., vierteljährlich 42.— M., durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 12.50 M., vierteljährlich 37.50 M.
Die einseitige 37 mm breite Zeile 4.— M. (bei Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsmarkt, 1spaltige An- u. Behälter 25.— M., Anzeigenpläne laut Tarif, Anzeigen, Anzeigen geg. Vorauszahlung, Einzelpreis d. Vorabendblattes 10 Pf.)

Schreibleitung und Hauptvertriebsstelle:
Martenstraße 33/40.
Druck u. Verlag von Dieckhoff & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unentgeltliche Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

August Förster Flügel, Pianos

Löbau (Sa.)

Verkaufsort: Dresden-A., Waisenhausstraße 8, Central-Theater-Passage

Ausbreitung der ägyptischen Unruhen.

Englische Maschinengewehre in Tätigkeit.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“)
London, 4. Jan. Drahtlos wird aus Kairo gemeldet, daß sich die Unruhen in Port Said, in Sairo und Damiette am Sonntag und Montag wiederholten, so daß die englischen Truppen mit Maschinengewehren vorgehen mußten, wobei eine große Anzahl Eingeborene getötet wurden. Wegen der Ermordung eines englischen Eisenbahnbeamten in Kairo sind zwei Personen verhaftet worden. Die Eisenbahnverhältnisse in Kairo wurden in Brand gesetzt.

Das englisch-irische Abkommen vor dem Sinnfeiner-Parlament.

London, 4. Jan. Aus Dublin wird gemeldet: Das Sinnfeiner-Parlament nahm die seit dem 22. Dezember unterbrochenen Sitzungen wieder auf. Das Haus trat sofort in die Aussprache über das englisch-irische Abkommen ein. Die endgültige Abstimmung erfolgt wahrscheinlich nicht vor Donnerstag oder Freitag. (W. T. N.)

Die indische Unabhängigkeitsbewegung.

Moskau, 3. Jan. (Russischer Draht). Eine politische Konferenz der indischen Geistlichen beschloß den vollständigen Bruch mit der anglo-indischen Regierung. (W. T. N.)

Keine hoffnungsvollen Ausichten für Cannes.

London, 4. Jan. Der „Times“ wird aus Paris berichtet, es herrsche dort am Vorabend der Abreise Briands nach Cannes ansehnliches Unbehagen und Niedergeschlagenheit. Niemand wisse zu wissen, was eigentlich in Cannes geschehen solle. Jedermann frage ernstlich, womit Lloyd George auf der Konferenz Briand überraschen werde. In einem Leitartikel der „Times“ heißt es, die Aussichten für Cannes seien nicht sehr hoffnungsvoll. Ein Programm sei nicht schwebend. Der Gedanke des Aufbaues ganz Osteuropas einschließlich Rußlands durch ein internationales Konföderation ist nicht so weit geföhrt zu sein, daß er der Kritik der Geschäftswelt standhalten könne. (W. T. N.)

Zusammentritt des Auswärtigen Ausschusses nach Cannes.

Berlin, 4. Jan. Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ aus parlamentarischen Kreisen hört, wird beabsichtigt, den Reichstagsausschuß für auswärtige Angelegenheiten nach der Konferenz von Cannes und der Rückkehr Dr. Rathenaus aus einer Aussprache über die außenpolitische Lage einzuberufen.

Rathenaus angeblicher neuer Plan über die Reparationen.

Berlin, 4. Jan. Dr. Rathenau hat, wie aus Paris gemeldet wird, einem Redakteur der „Chicago Tribune“ erklärt, daß der neue Plan über die Reparationen, den er in Cannes dem Obersten Rat vorlegen werde, eine jährliche Zahlung von 1 1/2 Milliarden Goldmark in Waren bestehe. Dieser Plan könne aber erst nach drei Jahren in Wirksamkeit treten. Bis dahin solle Deutschland ein Moratorium gewährt werden. Das „B. L.“ meint, daß von einem bestimmten Plane, den Dr. Rathenau angeblich in Cannes zur Sprache bringen soll, nicht die Rede sein könne.

Eine Stimme der Vernunft in Frankreich.

Paris, 4. Jan. „Le Nouvelliste“ schreibt unter der Überschrift: „Frankreich und die östliche Meinung Europas“, die deutsche Presse habe ehemals, vor 1914, die Gewohnheit gehabt, von Zeit zu Zeit die Frage zu erörtern: Warum hast man uns? Leider müsse heute Frankreich diese Frage stellen, auch sich selber stellen, denn es habe die wenig bedeutendsten Nachfolge Deutschlands angetreten und bilde die Zielscheibe der leidenschaftlichen Gefühle der Welt. Sicher sei diese allgemeine Unzufriedenheit zum großen Teil einer allgemeinen Lage zu verdanken, für die die Franzosen nicht verantwortlich seien. Aber es wäre höchst ungerecht, zu vergessen, daß auch Frankreich einigen Anlaß habe, zu sagen: mea culpa. Imperialistisch sei es allerdings nicht, aber die Kritik eines großen Teiles der mit engherzigem Nationalismus geimpften französischen Presse beunruhigt das Weltall. Die Regierung könne eine vernünftige Außenpolitik treiben. Aber ihr Leiter müsse Wunder von Geschicklichkeit und Seltensartigkeit verrichten, um eine Mehrheit zu behalten, und so habe Frankreich bei der öffentlichen Meinung der Welt nicht einmal den Nutzen von seiner tatsächlichen Besonnenheit. Wird der nationale Hoch, so fragt das Blatt, jemals das Unheil abnehmen, das die Franzosen Frankreich gebracht haben? (W. T. N.)

Russische Mobilisation?

Paris, 4. Jan. Nach einer Blättermeldung aus Moskau soll die Sowjetregierung die Mobilisation von zwei Jahresklassen für ganz Rußland angedenkt haben. (W. T. N.)

Die ungeklärte Lage in Washington.

London, 4. Jan. Reuter veröffentlicht folgende Information: Obgleich die britische Delegation Vorbereitungen trifft, am 11. Januar von Neuport abzurufen, können sich doch jeden Augenblick wieder wichtige Fragen ergeben, die die Verlängerung der Anwesenheit der britischen Delegierten in Washington notwendig machen. Wenn sich nicht Unvorhergesehenes ereignet, werden die Interessen Großbritanniens nach dem 11. Januar vom britischen Botschafter Sir Auckland Geddes vertreten. (W. T. N.)

Rückkehr der französischen Delegation.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“)
Paris, 4. Jan. Der „L'opinion“ meldet aus Paris: Die französische Delegation in Washington kehrt Ende Januar zurück. „L'opinion“ bringt sehr vornehmen optimistische Berichte aus Washington, die erwarten lassen, daß alle Unterkommissionen unmittelbar vor einem günstigen Abschluß der Besprechungen stehen.

Paris, 4. Jan. Nach einer Savas-Meldung erhofft die französische Delegation in Washington von ihrer Regierung nunmehr die offizielle Anweisung, der vom Senator Root eingebrachten Entschickung zuzustimmen. Unter diesen Umständen nimmt man an, daß heute eine neue Sitzung der Konferenz stattfindet, obwohl die Konferenz bisher noch ohne Instruktion von ihrer Regierung ist.

Amerikas Beunruhigung über das angebliche japanisch-französische Geheimabkommen.

London, 4. Jan. Laut „Daily Express“ hat die Veröffentlichung des angeblichen Geheimabkommens zwischen Frankreich und Japan das Mißtrauen in den Vereinigten Staaten gegenüber Frankreich vermehrt. Amerika sei durch die Erklärungen der französischen und japanischen Delegierten, daß die veröffentlichten Dokumente Fälschungen seien, nicht überzeugt worden. Der Botschafter der „Times“ in Washington schreibt, die Dokumente würden, trotzdem ihre Echtheit bestritten werde, zur Bestätigung des Vertrages beitragen. „Daily Express“ schreibt, es sei unangenehm für Frankreich, daß die sensationellen Enthüllungen über das angebliche Geheimabkommen mit Japan gerade jetzt veröffentlicht würden, wo Frankreichs internationale Beziehungen sehr gespannt seien. (W. T. N.)

„Frankreich verdient kein Mißleid.“

Paris, 4. Jan. Der „Volksfreund“ Sauerwein droht im „Matin“ Deutschland mit einer Verschärfung der Kontrolle. Deutschland würde sich einer härteren Politik aussetzen, als es jemals seit dem Weltkriegsstand erdulden mußte, wenn es sich nicht füge. Andererseits wird aus Washington gemeldet, daß das Mitglied des Repräsentantenhauses Keays in einer Rede erklärte, die Vereinigten Staaten hätten zwar großes Mißgefühl mit dem Unheil Europas und seien bereit, die Schulden der alten Welt zu erleichtern, wenn das Bedürfnis hierzu sich fühlbar mache, aber er fügte hinzu, daß Frankreich, das allen Hilfen und Anforderungen der Menschlichkeit zum Trotz unerschütterlich fest auf seiner großen Arme und der Zahl seiner Unterleiboote, dieser grausamen Kriegswaffe, beharre, kein Mißleid verdiene. Der Plan Frankreichs in Bezug auf die Vermeerung seiner Unterleiboote erfordere einen Aufwand von Hunderten von Millionen Dollar. Keine Nation, die sich in finanziellen Schwierigkeiten befinde, solle ein derartiges Rüstungsprogramm ausführen. Das Volk der Vereinigten Staaten meine, daß derartige große Rüstungen nur dazu dienen, neue Kriege hervorzuzurufen, und könne infolgedessen verlangen, daß das französische Programm auch mit französischem Gelde und nicht mit dem Amerika geschuldeten bezahlt werde. Der Redner brachte eine Entschickung ein, in der gefordert wird, daß Frankreich zum Bezahlen seiner Kriegsschulden an Amerika nunmehr strikte angefordert werden soll.

Paris, 4. Jan. Nach einer im „Zeit Pariser“ wiedergegebenen Meldung aus Washington wurde im amerikanischen Repräsentantenhaus eine Resolution eingebracht, die beantragt, daß Frankreich verpflichtet werden soll, mit der Zahlung der von ihm während des Krieges im Amerika aufgenommenen Schulden zu beginnen. Zur Begründung des Antrages wird gesagt, daß Frankreich auf diese Weise für seine Haltung in der Frage der Rüstungen bestraft werden soll. (W. T. N.)

Dorten versucht abzuleugnen.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“)
Wien, 4. Jan. Gegenüber den Veröffentlichungen der Würzburger Zeitung „Das neue Volk“ behauptet Dr. Dorten in einem Schreiben nochmals, daß die Behauptungen des Eichhorn, wonach er, Dorten, durch Leutnant Garas 250 000 Franken und von dem französischen Ministerpräsidenten Venues eine monatliche Subvention von 100 000 Franken erhalten habe, erlogen und die ihm zugeschobenen Berichte an General Mangin erdichtet seien. Die „Frankfurter Zeitung“ hatte bei der Wiedergabe der Würzburger Enthüllungen darauf hingewiesen, daß Dorten entsprechenden Behauptungen schon früher mit seinem Dementi entgegengetreten ist. Aber wenn ein Mann die französischen Bonneten gegen seine Landsleute mobil gemacht und gerichtsnotorischen Hochverrat betrieben hat, könne kein Ablegen seine starke Glaubwürdigkeit mehr in Anspruch nehmen.

Brunnenvergiftung.

Der in Blumenau in Südbrafilien erscheinende „Alvoradista“ warnt die Deutschen im Auslande vor der „Berliner Schwindelpropaganda“, die lediglich das Ziel verfolgt, die nationale Bewegung in Deutschland als etwas Schädliches hinzustellen. In dem von hartem deutschen Empfinden zeugenden Artikel dieses auslandsdeutschen Blattes, das sich von jeder durch eine hochfreakulose Selbstbewußte, vaterländische Haltung auszeichnet hat, heißt es: „Wer in der brasilianischen Presse die telegraphischen Berichte aus Deutschland regelmäßig und mit Aufmerksamkeit liest, dem kann es nicht entgehen, daß sie ebenso mangelhaft wie einseitig sind. Manche Vorgänge werden erst verständlich, andere erscheinen in wesentlich anderer Beleuchtung, wenn vier Wochen später die deutschen Zeitungen eintrudeln, die uns nähere Aufschlüsse bringen. In allen Zusammenhängen macht sich eine bestimmte Tendenz bemerkbar; aber damit nicht genug: es werden auch Tatsachen erfunden, unterdrückt oder gefälscht. Derartige Fälle von Brunnenvergiftung haben wir wiederholt feststellen können. Daß die Darstellung innerpolitischer Ereignisse fast immer mit den Ansichten und Wünschen der schwarz-rot-goldenen Blockregierung übereinstimmt, ist gewiß kein Zufall. Darin liegt zudem, was der Regierung nicht, wird hervorgehoben, was ihr schaden könnte, gefälscht oder mit Ziffernangaben überzogen; selbst an dreihundert Unwahrheiten fehlt es nicht. So gewinnt man von den Vorgängen in Deutschland zunächst ein völlig schlechtes Bild, und der arglose Zeitungsleser findet sich schließlich in dem Wirrwarr überhaupt nicht mehr zurecht.“

Zwei Strömungen gehen in der oberleitenden Berichterstattung parallel: die Meldungen aus Entente-Ländern und die aus halbamtlichen deutschen Quellen. Für die Entente in Deutschland der Betrug, für die deutsche Regierung ist es nicht etwa die Entente, sondern die nationale Bewegung, die sich gegen die Gewalttätigkeit der Entente und ihrer Handlanger auflehnt. So ergibt sich zwischen London und Paris einerseits und Berlin andererseits eine Art Interessengemeinschaft, die in der Berichterstattung deutlich zum Ausdruck kommt. Von beiden Seiten wird die nationale Bewegung in Deutschland als etwas absolut schädliches hingestellt, und darauf ist der interessierte Draht eingestellt, der es fertig bringt, die Geschwängigkeit einer Fiktion mit der Verlässlichkeit eines Mathematikers zu verknüpfen.

Als Erzberger ermordet wurde, wurde der Telegraph auf einmal sehr redlich und übernahm es mit einer Zinnsilber von Nachrichten, die alle dasselbe Ziel verfolgten, die deutsch-nationale Partei, in der sich das nationale Gewissen verkörpert, als eine Mördertruppe zu verächtigen. Fälschlich verurteilte der Telegraph; aber das bisherige Ergebnis der Untersuchung weiß er nichts mitzuteilen. Warum? Weil die Untersuchung nicht im Sinne der Regierung verläuft, die in ihr keine Stütze für ihre Behauptungen und Gewaltmaßnahmen findet. Erweitert ist, daß Erzbergers Mörder der deutsch-nationalen Partei nicht an die Reichshöhe gehängt werden können. Davon erfährt das Ausland nichts, und der erste Eindruck bleibt bestehen.

Nach der Annahme des Ultimatus lasen wir in brasilianischen Zeitungen, daß „Times“ sich für die Unterwerfung eingesezt habe. Nun war es doch klar, daß die Regierung gerechtfertigt dahand. Wenn selbst ein Mann, wie Times, sich auf ihren Standpunkt stellte, wer wollte da noch wagen, ihr Vorwürfe zu machen? Eine Verächtigung auf telegraphischem Wege ist ausgeblieben. Was deutsche Zeitungen später brachten, daß Times mit allen Kräften gegen die Annahme gewirkt habe, erführen die Leser brasilianischer Zeitungen nicht. So wurden auch die Deutschen in Brasilien irre geführt, deren Zeitungen in seinen eigenen Telegraphendienst haben, so daß sie auf die Nachrichten in der brasilianischen Presse annehmen sind. Auf die Bestimmung der Auslandsdeutschen, die der Berliner Regierung im allgemeinen abnehmend gegenüberstehen, ist es hauptsächlich abgesehen. Sie sollen für die gegenwärtigen Nachhaken günstig stimmen werden. Und da muß der Zweck die Mittel heiligen.

Anstatt eine großzügige Auslandspropaganda ins Werk zu setzen, die in erster Linie der Frage von Deutschlands Kriegsschuld entgegenzutreten müßte, beschließt die Berliner Regierung darauf, für die Republik Propaganda zu machen, die von den Auslandsdeutschen fast einmütig abgelehnt wird. Ein „bewährter Republikaner“, der die Deutschen in Südamerika für die Republik einstehen sollte, war z. B. der Direktor Collin Koch, dessen Mission allerdings grandios scheiterte. Herr Koch wird sich bald ein, daß mit der deutschen Republik in Südamerika kein Staat zu machen sei, und brüderliche sich flüchtig auf die Bekämpfung des Berliner Vertrages. Am nachdrücklichsten wird, wie wir gesehen haben, der Nachrichtendienst für die republikanische Propaganda ausgenutzt. Hier braucht man sich keinen Zwang aufzuerlegen und kann die Wahrheit getrost auf den Kopf stellen. Männer, wie Vandenborff, Timmes, und andere, deren Namen in nationalen Kreisen einen guten Klang haben, müssen als Kronzeugen dienen, um das Treiben der republikanischen Nachhaken zu rechtfertigen.

Die Deutschen im Auslande, denen man das nationale Gewissen einschärfen will, mögen auf ihrer Hut sein vor der Berliner Schwindelpropaganda.

Der erste Tag der neuen Flagge.

Das „Hamburger Fremdenblatt“ berichtet über das Bild des Hamburger Hafens am 1. Januar, dem ersten Arbeitstage unter der neuen deutschen Handelsflagge mit schwarz-rot-gelbem Eck: kaum ein halbes Duzend deutscher Schiffe hatte, wie sonst üblich, die Nationalflagge gesetzt, selbst auslaufende Schiffe zeigten nur die Zollflagge, ein